Kassenärztliche Vereinigung Mecklenburg-Vorpommern
Körperschaft des öffentlichen Rechts

PRESSEMITTEILUNG

KVMV warnt vor weiterer staatlicher Detailsteuerung der Praxen: Verpflichtende Terminvorgaben schaffen keine zusätzlichen Behandlungskapazitäten

Schwerin – 14. Oktober 2026. Die Kassenärztliche Vereinigung Mecklenburg-Vorpommern (KVMV) kritisiert eindringlich die geplante weitere Verschärfung staatlicher Vorgaben zur Terminvergabe in Arztpraxen. Angesichts hoher Fallzahlen, knapper freier Termine und somit bereits stark ausgelasteter Praxen gehen verpflichtende Terminvorgaben an der Realität der ambulanten Versorgung vorbei.

„Freie Termine lassen sich nicht per Gesetz planwirtschaftlich verordnen. Wenn die vorhandenen Behandlungskapazitäten ausgeschöpft sind, kann auch eine gesetzliche Verpflichtung keine zusätzlichen Arzt- oder Therapiestunden erzeugen“, so die Vorstandsvorsitzende Dipl.-Med. Angelika von Schütz. „Unsere Praxen sind keine staatlichen Behörden. Sie werden von Freiberuflerinnen und Freiberuflern geführt, die Verantwortung für ihre Patientinnen und Patienten, ihre Mitarbeiter und ihre eigene wirtschaftliche Existenz tragen. Es kann nicht die Lösung sein, ihnen immer detaillierter und in übergriffiger Weise vorzuschreiben, wie sie ihre knappen Kapazitäten zu organisieren haben.“

Die KVMV spricht sich daher strikt gegen eine weitere staatliche Detailsteuerung der Terminvergabe aus. Die bereits vorhandenen Instrumente zur Terminvermittlung nach medizinischer Dringlichkeit sollten eher weiterentwickelt und sinnvoll und für Patienten auch verpflichtend genutzt werden. Zugleich müssen zwingend die tatsächlichen Versorgungskapazitäten in den Regionen berücksichtigt werden.

Notwendig sind aus Sicht der KVMV insbesondere: Weniger Bürokratie und Dokumentationsaufwand, bessere Rahmenbedingungen für die ambulante Versorgung, ausreichend qualifiziertes Personal, attraktive Bedingungen für die Niederlassung, eine nachhaltige Sicherung der Versorgung insbesondere im ländlichen Mecklenburg-Vorpommern und vor allem mehr Vertrauen in die Eigenverantwortung der freiberuflich tätigen Ärzte und Psychotherapeuten.

Die geplante Regelung bringt auch aus anderen Gründen das Fass zum Überlaufen. Mit dem Spargesetz hat die Bundesregierung gerade erst die Vergütungszuschläge für die innerärztliche Vermittlung notwendiger Behandlungstermine gestrichen. Wesentliche Leistungen wie etwa die Prävention werden ab 2027 gedeckelt und möglicherweise nicht mehr voll bezahlt. Die Ärzte und Psychotherapeuten sind bereits stark verunsichert, weil sie nicht wissen, wie sich die wirtschaftliche Situation ihrer Praxen im nächsten Jahr entwickelt. Nun legt die Bundesregierung nach, regiert bis in die Terminkalender der Praxen hinein. „Das Maß ist voll! Die tägliche Leistung unserer Kolleginnen und Kollegen, vom Kanzler persönlich als „Nutznießer“ des Systems verunglimpft, wird missachtet und mit Füßen getreten. Das wird nicht ohne Folgen bleiben. Jegliches Vertrauen in die Verlässlichkeit der Politik ist endgültig aufgebraucht!“, so der Vorstand der KVMV.

Ansprechpartner:
Vorstand der Kassenärztlichen Vereinigung Mecklenburg-Vorpommern, Tel.: 0385.7431 201,
E-Mail: presse@kvmv.de